

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 16.02.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 15. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 15.02.2011****öffentlich****5.4 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln
(Parkgebührenordnung)
5016/2010**

Seitens der CDU-Fraktion macht RM Möring deutlich, dass diese die Vorlage ablehnen werde. Die Argumentation der Verwaltung – insbesondere der Vergleich mit privaten Parkhausbetreibern und der Kostenentwicklung – sei sicherlich ein Aspekt der ganzen Thematik. Seine Fraktion ordne diese Vorlage jedoch in die massive Serie von Gebührenerhöhungen ein, die die Kölner Bürger seit Anfang des Jahres hinnehmen müssen. Vor dem Hintergrund einiger gefasster Haushaltsbeschlüsse, die die CDU für falsch halte – beispielsweise die Erhöhung der Gewerbesteuer aber auch die Erhöhung einiger Ausgaben – sei sie nicht bereit, auf eine andere Weise für die Finanzierung des städtischen Etats zu sorgen. Bezug nehmend auf die aktuelle Berichterstattung in der Presse bittet Herr Möring um eine klare Aussage, ob die Ausführungen der Verwaltung zur sog. „Brötchentaste“ die laufenden Projekte Severinstraße, Mittelstraße und Ehrenstraße berühren. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf den seit vielen Jahren existierenden Beschluss, die Erfahrungen und Konsequenzen der Pilotprojekte im hiesigen Ausschuss zu präsentieren; dieses Thema werde seine Fraktion jedoch separat aufgreifen. Abschließend kündigt er an, dass seine Fraktion sehr genau beobachten werde, wo Anwohnerparken aufgrund der Parksituation zwingend sei und wo dies augenscheinlich zum Zwecke der Einnahmenerhöhung eingerichtet werde.

RM Wolter äußert seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, die einen Anreiz schaffe, private Parkhäuser und Tiefgaragen zu nutzen. Der öffentliche Straßenraum hingegen sollte verstärkt nur für Ladevorgänge und kurzzeitigen Kundenbedarf in Anspruch genommen werden.

Für die FDP-Fraktion teilt RM Kirchmeyer ihre Ablehnung mit; auch einem Verweisungsbeschluss werde sie sich nicht anschließen. Die Ausführungen von Herrn Möring könne sie unterstreichen. Zudem seien sehr hohe, negative Auswirkungen auf die Geschäfte des täglichen Bedarfs zu befürchten. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf das aufgelegte Einzelhandels- und Zentrenkonzept, das diese Gebührenordnung nun vollständig konterkarriere. Auf der Dürener Straße beispielsweise sei ein Ausweichen auf eine Tiefgarage oder ein privates Parkhaus nicht möglich.

Des Weiteren verweist sie auf lang existierende Beschlüsse der Bezirksvertretungen Ehrenfeld, Mülheim, Nippes, Lindenthal und Rodenkirchen, die Brötchentaste auf den Einkaufsstraßen in den Bezirken einzurichten. Diese Beschlüsse werden durch die vorliegende Verwaltungsvorlage völlig missachtet.

RM dos Santos Herrmann hingegen hält die Vorlage für ein schlüssiges Konzept. Die Ausführungen zum „15 Minuten kostenfreies Parken“ machen deutlich, dass die Umsetzung derzeit nicht möglich sei; dies werde von der SPD-Fraktion auch akzeptiert. Nach 15 Jahren könne einer Gebührenerhöhung durchaus zugestimmt werden. Der Beschluss werde sicherlich nicht mit Freude gefasst, sei aber verantwortungsvoll.

Auf erneute und nachdrückliche Kritik des RM Möring an der Missachtung von Beschlüssen der politischen Gremien weist BG Streitberger darauf hin, dass die Formulierung in der Vorlage etwas missverständlich sei; die Piloten seien eindeutig nicht betroffen. Die Verwaltung habe vor einiger Zeit auch bereits über die finanziellen Auswirkungen berichtet und werde dies nochmals sorgfältig aufbereiten. Auch, dass die Verwaltung beabsichtige, das 15-minütige kostenfreie Parken aufgrund des Parkverhaltens in der Mittelstraße und der Ehrenstraße wieder aufzuheben, sei nach seiner Erinnerung kommuniziert worden. Der Versuch in der Severinstraße hingegen habe sich bewährt und sei vor dem Hintergrund des Unglücks am 03. März 2009 auch sinnvoll.

Herr Streitberger räumt ein, dass es erkennbar in all den Jahren nicht gelungen sei, in dieser Grundsatzangelegenheit eine einheitliche Verwaltungsmeinung herbeizuführen und verweist auf Überwachungsprobleme aufgrund fehlender Personalkapazitäten und finanzielle Auswirkungen.

Vorsitzender Waddey merkt an, dass die betroffenen Bezirksvertretungen auch unmittelbar mit den finanziellen Folgen konfrontiert werden sollten; ggf. durch Kürzung der bezirksbezogenen Mittel und somit durch eigenverantwortlichen Beschluss.

Die Diskussion abschließend stellt Herr Waddey den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion